

Die Bürger wollen ernst genommen werden

- Debatte mit Politikern über direkte Beteiligung
- Staatsrätin Gisela Erler Gast in Allmannsdorf
- Umstrittene Pläne zur Bauleitplanung

VON CLAUDIA RINDT

Konstanz – Staunen im Saal: Konstanz soll zu den Städten in Baden-Württemberg mit besonders fortschrittlicher Bürgerbeteiligung gehören. Auf einem Stichwortzettel von Gisela Erler, der Staatsrätin für Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg, war dies jedenfalls so vermerkt. Bürger im Pfarrsaal St. Georg in Allmannsdorf sahen das anders. Auf Einladung der Bürgergemeinschaft Allmannsdorf-Staad (BAS) entwickelte sich eine muntere Debatte mit der Staatsrätin, die für eine bessere Bürgerbeteiligung im Land arbeitet.

Viele der rund 70 Zuhörer sind Mitglieder der Bürgervereinigung Allmannsdorf-Staad, die beispielsweise enttäuscht sind, dass die von ihnen erarbeiteten und gewünschten alternativen Betreuungsformen im Alter in der



Staatsrätin Gisela Erler (links) umringt von Bürgern, die sich eine bessere Beteiligung wünschen. Mit ihr diskutieren Alexander Gebauer (BAS), Christel Thorbecke (Pappel-Initiative) und der grüne Abgeordnete Siegfried Lehmann (von links). BILDER: CLAUDIA RINDT/MINISTERIUM

Jungerhalde politisch abgeschmettert wurden, und die erleben, wie ihr Stadtteil durch neue Bauten seinen Charakter verändert. Sie haben nicht den Eindruck, Diskussionen auf Augenhöhe

mit den Verantwortlichen in der Stadtverwaltung zu führen. Auch in Konstanz würden politische Preise für politisch Gewolltes genannt, etwa bei der Übernahme des Centrotherm-Baus,

kritisierte einer aus dem Publikum. „Der politische Preis ist das Gewürge, das uns Bürger sauer macht“, bemängelte er. Ein Bürger fragte, wie viel an Neutralität überhaupt von einer Stadtverwaltung zu erwarten sei: „Sie ist doch auch Partei.“ Der grüne Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann sprach von ähnlichen Erfahrungen in den 26 Jahren als Gemeinderat in Radolfzell. Oftmals seien die Projekte in einer Stadtverwaltung schon viel zu weit vorangetrieben, um in einen neutralen Austausch der Sachargumente mit den Bürgern einzusteigen. Es müsse für solche Verfahren verbindliche Spielregeln geben. Ein Bürger fragte nach Hilfen für überforderte Verwaltungen.

Gisela Erler bestätigte, dass es die „feudale“ Art der Bürgerbeteiligung gebe. Sie gehe dennoch davon aus, dass Konstanz gute Ansätze für das Hören der Bürger gibt, immerhin habe die Stadt einen hauptamtlichen Beauftragten für Bürgerbeteiligung. Allerdings sei auch eine offene Kultur der Anhörung notwendig. „Beteiligung macht nur Sinn, wenn die Stadt bereit ist, neutral zu sein“, sagte Erler. Sie riet, so früh wie möglich Bürger einzubeziehen, um Großkonflikte, die in einem Bürgerentscheid münden können, nicht erst auf-

kommen zu lassen. Sie nannte Bürgerentscheide einen „Notnagel“.

Als erste Ergebnisse ihres Wirkens zählte die Staatsrätin auf: Einen Leitfaden, nach dem sich das Land selbst verpflichtet, bei großen Infrastrukturvorhaben die Bürger so früh wie möglich zu beteiligen. Weiter solle die notwendige Anzahl der Stimmen der Wahlberechtigten für erfolgreiche Bürgerentscheide (Quorum) auf 20 Prozent gesenkt, und die Bauleitplanung – also das Aufstellen von Flächennutzungs- und Bauungsplänen – für Bürgerentscheide geöffnet werden. Bisher war dieses Themenfeld von einer Bürgerabstimmung ausgeschlossen.

Erler weiß, dass die Vorhaben umstritten sind und sie thematisierte dies in Allmannsdorf offen. Viele hielten das anvisierte Quorum von 20 Prozent für immer noch zu hoch, andere für gefährlich niedrig. Sogar der grüne Parteigenosse, der Freiburger Bürgermeister Dieter Salomon, bekämpfte die Öffnung der Bauleitplanung erbittert. „Die meisten Leute haben Angst, dass dann eine kleine Minderheit die Geschicke bestimmt.“ Erler aber verwies auf andere Bundesländer, vor allem Bayern, wo trotz viel niedrigerer Quoren genau dies nicht geschehen sei.